

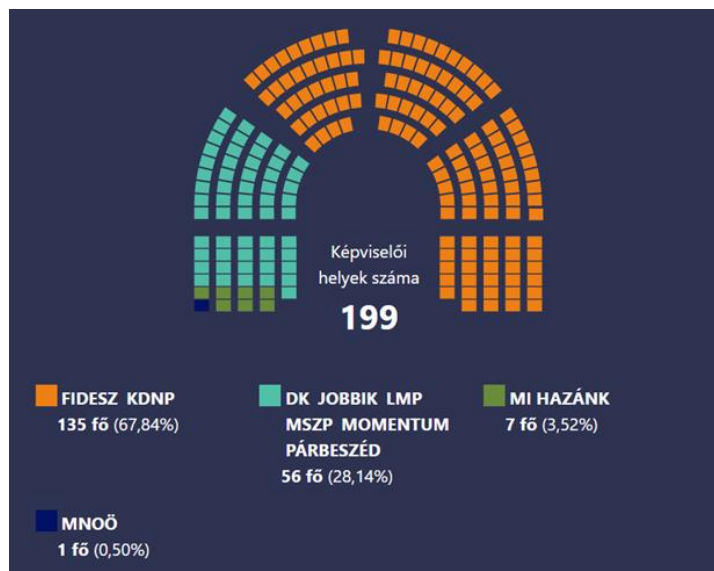


## MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 6. APRIL 2022

### Fidesz-KDNP gewinnt vierte Zweidrittelmehrheit in Folge

Im Zuge der Wahlen zur Ungarischen Nationalversammlung am 3. April konnten die Regierungsparteien Fidesz-KDNP 135 von 199 Parlamentsmandaten gewinnen und somit ihre Zweidrittelmehrheit nicht nur sichern, sondern sogar um zwei Sitze ausbauen. Die vereinte Opposition kann 56 Abgeordnete entsenden, die rechtsextremistische Mi Hazánk (Unsere Heimat) kommt auf sieben Mandate. Die Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen stellt mit Imre Ritter einen Vertreter im Parlament.



Voraussichtliche Zusammensetzung des Parlaments (Stand: 5. April 2022)

Über die Ergebnisse und Hintergründe der Wahlen hat unser Institut einen ausführlichen Wahlbericht angefertigt, auf den wir an dieser Stelle verweisen möchten:

### [Ungarn hat gewählt – erste Ergebnisse](#)

Zudem möchten wir folgende **Wahlkommentare** von **Boris Kálnoky**, dem Leiter der Medienschule am Mathias Corvinus Collegium, sowie von unserem Visiting Fellow **Klaus-Rüdiger Mai** empfehlen, die beide in erschienen sind: [Was macht Orbán richtig?](#) sowie [Viktor Orbáns Botschaft nach dem Wahlsieg an Europa: „Dies ist die Zukunft“](#).

Beim MCC-Wahlabend waren auch drei Journalisten aus Deutschland zugegen, deren Berichterstattung wir hier auflisten: **René Nehring** (Preußische Allgemeine Zeitung) zufolge ist das Wahlergebnis für Fidesz-KDNP [„Ein Sieg, der Europa zu denken geben sollte“](#), **Klaus Kelle** schreibt beim Online-Portal The Germanz über [Ungarn als Modell für Europa: Viktor Orban siegt haushoch über die vereinigte Opposition](#) und der ehemalige SPD-

Bundestagsabgeordnete Gunter Weißgerber, regelmäßiger Autor unter anderem bei der Achse des Guten, schreibt auf seinem Blog über seinen Aufenthalt und die Eindrücke aus dem wahlfebrigen Ungarn: [Die Ungarn-Wahl 2022](#).

### **Ende der Corona-Maßnahmen**

Seit dem 7. März 2022 sind in Ungarn sämtliche Corona-Sonderregelungen aufgehoben. Alle Schutzmaßnahmen wurden aufgehoben, es gilt keine Maskenpflicht mehr (mit Ausnahme von Gesundheitseinrichtungen und Altenheimen). Demnach ist auch die Einreiseverordnung außer Kraft getreten. Ungarn hatte bereits im vergangenen Frühsommer die meisten Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie abgeschafft. Die Einreisebeschränkungen waren damals mit wenigen Ausnahmen ebenso gestrichen worden wie die 3G-Regel für die Gastronomie und Freizeitaktivitäten. Entgegen den Coronawellen im vergangenen Herbst und Winter hatte Ungarn keine tiefgreifenden freiheitsbeschränkenden Maßnahmen beschlossen.

Die mit dem Coronavirus in Verbindung gebrachten Todesfälle erreichten seit dem Jahresbeginn Mitte Februar einen Höhepunkt mit rund 100 an oder mit dem Virus Gestorbenen täglich. Seitdem nahmen die Todeszahlen und registrierten Neuinfektionen ab, Anfang April betrug der 7-Tage-Mittelwert der Todesfälle noch 24.

In den Medien spielt das Coronavirus nunmehr kaum eine Rolle, auch die Impfbereitschaft stellte sich Ende März weitestgehend ein. Seit der Aufhebung der Maßnahmen am 7. März bis zum 5. April bekamen lediglich etwa 6.000 Personen die Erstimpfung. Insgesamt sind bisher über 6,4 Millionen Ungarn geimpft, davon haben 6,189 Millionen die Zweitimpfung erhalten, knapp 3,85 die dritte und 268.485 die zweite Booster-Impfung.

### **Flüchtlinge aus der Ukraine**

Außenminister Péter Szijjártó zufolge haben bis Ende März über 500.000 Menschen aus der Ukraine die ungarischen Staatsgrenzen überquert. Etwa 90 % der Flüchtlinge sind Schätzungen zufolge Frauen, Kinder oder ältere Menschen. Bisher verweilte der Großteil der Geflüchteten nur wenige Tage in Ungarn, bevor diese ihre Reise Richtung Westen fortsetzten. Mittlerweile ist jedoch ein stetiger Rückgang der Zahl der „Durchreisenden“ zu verzeichnen, immer mehr Menschen beabsichtigen, länger in Ungarn zu bleiben. Bis zum 29. März hatten knapp 8.600 Ukrainer einen vorübergehenden Schutzstatus in Ungarn beantragt, der ihnen das Recht auf Wohnraum, Bildung und Arbeit gewährt. Unternehmen können für die Beschäftigung ukrainischer Arbeitnehmer mit anerkanntem Schutzstatus 60.000 Forint pro Monat erhalten. Mindestens die Hälfte dieses Betrags muss für Unterkunft oder Verpflegung der angestellten Flüchtlinge verwendet werden; diejenigen, die auch Kinder haben, erhalten zusätzlich 12.000 Forint je Kind. Arbeitgeber müssen auch minderjährigen Familienangehörigen eine angemessene Unterkunft zur Verfügung stellen.

Experten gehen davon aus, dass auch ein erheblicher Anteil der 150.000-köpfigen ungarischen Minderheit der Karpatenukraine vorerst nach Ungarn gezogen ist. In der Karpatenukraine, eine der wenigen Regionen in der bisher noch keine kriegesischen Kampfhandlungen und Bombardements stattgefunden hatten, suchen Schätzungen

entsprechend ihrerseits mehr als 200.000 Ukrainer aus den von der Invasion betroffenen Gebieten Schutz.

### **Ungarn bestellt ukrainische Botschafterin ein**

Das ungarische Außenministerium hat am 6. April 2022 die Botschafterin der Ukraine in Budapest, Ljubow Nepop, einbestellt. Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó hatte bereits am Morgen in einem Facebook-Beitrag Kritik an mehreren Äußerungen der ukrainischen Führung formuliert. Er bezeichnete die Vorwürfe der Ukraine, dass die politische Führung in Budapest ein autoritäres System aufbauen und eine Mitschuld am Krieg in der Ukraine tragen würde, als eben so unakzeptabel, wie Äußerungen des Bedauerns über das Resultat der ungarischen Parlamentswahlen. Es sei an der Zeit, dass die ukrainische Führung aufhöre, Ungarn zu beleidigen und den Willen des ungarischen Volkes zur Kenntnis nimmt, beendete Szijjártó seinen Facebook-Beitrag.

Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind bereits seit Jahren, aufgrund eines andauernden Disputes über die Rechte der ungarischen Minderheit in der Ukraine, angespannt. Budapest wirft Kiew vor, die Rechte der ungarischen Minderheit durch eine neue, restriktive Gesetzgebung zu beschneiden und blockierte daher ebenfalls jegliche Beitrittsverhandlungen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union beziehungsweise der NATO. Die Ukraine wiederum wirft Ungarn mangelnde Solidarität vor, da die Regierung in Budapest bereits angekündigt hatte weder mögliche Energiesanktionen mittragen zu wollen noch Waffenlieferungen über ungarisches Staatsgebiet zu ermöglichen. Das ungarische Außenministerium dementiert diese Vorwürfe mangelnder Solidarität mit dem Verweis auf die umfangreiche humanitäre Hilfe des Landes und das Mittragen der Sanktionen der EU gegenüber Russland. Ungarn stehe aufseiten der Souveränität der Ukraine und verurteile die russische Aggression.

### **Europäisches Parlament leitet Rechtsstaatsmechanismus gegen Ungarn ein**

Das Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Ungarn wurde formell eingeleitet, gab Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 5. April 2022 im Europäischen Parlament bekannt. Schon seit längerer Zeit pochte das Europäische Parlament darauf, dass die Kommission das Verfahren einleiten solle. Eine Klage Ungarns und Polens gegen den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus hatte der EuGH Mitte Februar abgewiesen.

EU-Zahlungen können für die Dauer des Verfahrens ausgesetzt oder Mittel zurückgefordert werden, wenn systematischer Missbrauch bei der Verwendung von EU-Geldern festgestellt wird. Derzeit sind etwa die Mittel aus dem Covid-Wiederaufbaufonds für Polen und Ungarn eingefroren. „Bei Ungarn, wir haben uns sehr klar ausgedrückt, ist das Problem Korruption“, sagte von der Leyen im EP. Die bisherigen Antworten der Ungarn auf die Fragen der Kommission seien geprüft worden, man sei zum Ergebnis gekommen, dass der nächste Schritt erforderlich wäre, so von der Leyen.

Während die Brüsseler Institutionen einen Missbrauch der Mittel fürchten und Rückenwind insbesondere von den Grünen im Parlament erhalten, kritisierten ungarische Regierungsvertreter die Entscheidung der Kommission. Laut Kanzleramtsminister Gulyás

sollte Brüssel „nicht die Forderungen der besiegten ungarischen Linken erfüllen“, sondern zu „gesundem Menschenverstand und Dialog“ zurückkehren, für den die ungarische Regierung stets offen gewesen sei. Die ungarischen Wähler dürfe man nicht dafür bestrafen, „dass sie bei der Wahl am Sonntag, die von der Regierungspartei deutlich gewonnen wurde, keine Meinung nach dem Geschmack von Brüssel geäußert haben“, so Gulyás.

Für eine tatsächliche Kürzung der EU-Mittel bedarf es zuallerletzt noch der Zustimmung von mindestens 15 der EU-Staaten mit 65 Prozent der EU-Bevölkerung, vorher kann sich die ungarische Regierung zu den Vorwürfen äußern.

### Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

#### *Veranstaltungen im März*

Das Bildungszentrum des Mathias Corvinus Collegium in **Szombathely** und das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit organisierten am **2. März 2022** eine **Podiumsdiskussion** anlässlich des **30-jährigen Bestehens des Deutsch-Ungarischen Freundschaftsvertrags**. An der Podiumsdiskussion nahmen **Volkmar Klein MdB**, **Csaba Hende**, Vizepräsident des ungarischen Parlaments, und **Bence Bauer**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, teil. Für einen ausführlichen Bericht zur Veranstaltung klicken Sie auf folgenden [Link](#).

**Prof. Dr. Zsolt K. Lengyel**, Visiting Fellow am Deutsch-Ungarischen Institut und Direktor des Ungarischen Instituts der Universität Regensburg, hielt zwischen dem **9. und 11. März 2022** ein dreitägiges Seminar für die Studenten des MCC-Zentrums im siebenbürgischen **Klausenburg** (Cluj-Napoca/Kolozsvár) ab. Gegenstand des Kurses war die kultur- und ideengeschichtliche Entstehung des frühen „**Transylvanismus**“, einer Bewegung, die insbesondere in der Zwischenkriegszeit zur Solidarität unter den Völkern Siebenbürgens aufrief und sich für eine Autonomie der Region aussprach. Erfahren Sie mehr über unseren siebenbürgischen Abstecker auf unserer [Website](#) und lesen Sie den Artikel „[Zwiespältiges Siebenbürgertum](#)“ von Prof. Lengyel.

Anlässlich der **Übersetzung** ihres Satirebuchs „**GenderGaga: wie eine absurde Ideologie unseren Alltag erobern will**“ ins Ungarische durch den Verlag des MCC reiste die deutsche Autorin **Birgit Kelle** vom **9. bis 11. März 2022** nach Ungarn, um ihr Werk zusammen mit dem Deutsch-Ungarischen Institut an verschiedenen MCC Bildungszentren vorzustellen. Mehr Informationen rund ums Buch, Fotos über die Veranstaltung und Details zur Veranstaltung können Sie [hier](#) nachlesen.



„Genderkomédia“ – ungarische Übersetzung von Birgit Kelles Werk „GenderGaga“

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Deutschland und Ungarn im Gespräch“ haben das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit (DUI) am Mathias Corvinus Collegium und die Deutsch-Ungarische Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (DUG) am **17. März 2022** einen gemeinsamen **Online-Vortrag** zum Thema „**Wahlen in Ungarn**“ gehalten. **Dr. Gerhard Papke**, Präsident der DUG, diskutierte mit **Bence Bauer**, dem Direktor des DUI. Hier der [Veranstaltungsbericht](#).

Die Auswirkungen der Bundestagswahl im September letzten Jahres und die aktuellen politischen Herausforderungen und Leitlinien der Bundesregierung waren die Themen der Veranstaltung „**Aktuelle Politik in Deutschland**“ am **17. März 2022** im MCC-Schulungszentrum in **Debrecen**. Der Vortrag wurde von zwei Mitarbeitern des Deutsch-Ungarischen Instituts, **Tünde Darkó** und **Péter Dobrowiecki**, gehalten. Näheres dazu auf unserer [Homepage](#).

**Dr. Dominik Geppert**, Professor für Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Potsdam, hielt auf Einladung des Deutsch-Ungarischen Instituts am **31. März 2022** im MCC Scruton Café einen **Vortrag** mit dem Titel „**Hat der Euro eine Zukunft?**“ über die historischen und politischen Hintergründe der Einführung des Euros sowie die Auswirkungen der gemeinsamen Währung auf die europäische Wirtschaft. Geppert traf sich im Rahmen seines Aufenthaltes mit zahlreichen Vertretern des politischen und akademischen Lebens. Lesen Sie unseren [Bericht](#) über den Aufenthalt von Prof. Dr. Geppert in Budapest



Prof. Dr. Dominik Geppert bei seinem Vortrag „Hat der Euro eine Zukunft?“ im Mathias Corvinus Collegium

### *Veröffentlichungen*

„Der EVP-Vorsitzende und frühere EU-Ratspräsident Donald Tusk hat sich in den ungarischen Wahlkampf eingemischt – gegen Ministerpräsident Orbán. Warum er das tat, ist nur mit Blick auf die Geschichte Polens und Ungarns sowie der beiden Männer zu verstehen.“ – schreibt Bence Bauer in seinem Gastbeitrag bei [Tichy's Einblick](#).

Ohne einen Zugang zur Sprache kann es eine echte Herausforderung sein, verlässliche Fakten über Ungarn zu finden. Daher stellen wir im Rahmen unserer **Forschungsreihe „Faktenwissen über Ungarn“** Hintergrundinformationen über verschiedene Themen zur Verfügung, die für das bessere Verständnis des Landes wichtig sind. Im März erschienen fünf Dossiers: [Ungarn und der Wiederaufbaufonds der Europäischen Union](#), [Judentum in Ungarn](#),

[Wahlkampf in Ungarn](#) sowie [Parlamentswahlen in Ungarn](#) und die [Parlamentarische Vertretung von autochthonen Minderheiten in Deutschland und Ungarn](#).

Weitere Aufsätze folgen alsbald, halten Sie hierfür unsere Website mit der [Rubrik Forschung](#) im Blick.

---

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Martin Josef Böhm, Tristan Csaplár

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: [mni@mcc.hu](mailto:mni@mcc.hu)